

Aufruf zum Mißbrauch der Universität

„Die Beiträge für sogenannte Langzeitstudentinnen und -studenten haben sich bewährt. Mit ihnen wird einer Verzögerung des Studienabschlusses sowie einer übermäßigen Inanspruchnahme der Leistungen der Hochschulen entgegengewirkt.“

Hessischer Landtag, „Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Langzeitstudienbeiträge müssen beibehalten werden“, 3. Juni 2008.

Die hessischen Vorkämpfer gegen Ausländer und andere Schmarotzer um den kommissarischen Ministerpräsidenten Roland Koch konnten es nicht lassen: Am Tag der Abschaffung der Studiengebühren in Hessen starteten CDU und FDP einen letzten Versuch, zumindest den Kern des Bezahlstudium — die Langzeitgebühren — zu retten.

Die Freunde von Vaterland, Ehre, Ordnung, Sauberkeit und Unternehmensgewinnen haben sich die „Bekämpfung des Mißbrauchs des Studierendenstatus“ auf die Fahnen geschrieben. Vier Semester über Regelstudienzeit ist noch gerade akzeptabel, weil mancher „Bursche“ ja auch saufen und sich mit Säbeln das Gesicht aufschlitzen muß, dann sei aber auch gut. Wo kämen wir denn hin, wenn alle „übermäßig“ studieren? Nachher werden alle noch zu klug.

Die Erwartungen der Konservativen und Wirtschaftsliberalen an Wissenschaft sind ebenso schlicht wie schädlich: Die als Unternehmen zu führenden Hochschulen sollen just-in-time verwertbare Forschungsergebnisse liefern und profitabel zu beschäftigende Akademiker produzieren. Studierende sollen also gerade soviel lernen, daß sie gut funktionierende Arbeitskräfte werden.

Die Reflektion gesellschaftlicher Verantwortung von Wissenschaft, sozialkritische Vertiefung, der Blick über den Tellerrand des unmittelbar Berufswahlqualifizierenden und die Herausbildung von Mündigkeit gelten als Störfaktoren und sollen mit Studiengebühren bestraft werden.

Fortsetzung siehe Innenteil →

Aktionsplan

Aktuelle Infos auf www.gebuehrenboykott.de

Vollversammlung

Montag, den 30. Juni 2008

16 Uhr, Audimax

Diskussion des Gesetzentwurfes und zur Vorbereitung der öffentlichen Anhörung des Wissenschaftsausschusses.

Öffentliche Anhörung des Wissenschaftsausschusses

Dienstag, den 1. Juli 2008

*17 Uhr, nun im „Kaisersaal“
im Rathaus*

alle Studierenden haben die Möglichkeit zu reden

Ort geändert!

Aktiventreffen

Montag, den 30. Juni 2008

18 Uhr, Café Schweinebucht (Phil 973)

Großdemo

**Zum Ende der Vorlesungszeit
mit Bündnispartnern.**

Der zitierte Antrag ist im hessischen Landtag abgewiesen worden. Es ist ein großer Erfolg der studentischen Bewegung der vergangenen Semester, daß sich die anderen Parteien im Hessischen Landtag von dieser Demagogie unbeeindruckt für die vollständige Abschaffung sämtlicher Gebühren (auch „Verwaltungsgebühren“ und für das „Zweitstudium“) und damit tendenziell für das Recht auf (wissenschaftliche) Bildung zum Wohle der Allgemeinheit entschieden haben.

— In Hamburg wird dagegen derzeit mit „nachgelagerten Gebühren“ die Diskussion faktisch auf „Langzeit“-Gebühren zugespitzt.

Die ideologische Botschaft dieser Politik ist eindeutig: Bildung sei eine kostbare Ressource. Wer sie in Anspruch nimmt, müsse dankbar sein. Wer sie als Investition in den eignen Marktwert begreift und seine Dankbarkeit beweist, indem er/sie brav dem Standort dient, wird geschont und muß „lediglich“ maximal 4.500 Euro „zurückzahlen“. Wer sich jedoch darüber hinaus parasitär bildet und entwickelt und gar die Regelstudienzeit plus zwei (!) Semester überschreitet soll draufzahlen.

Einzelkämpfertum und politische Devotion sind die beabsichtigten kulturellen Wirkungen dieses Instruments. Unter der bisherigen CDU-Regentschaft in Hamburg hat diese Politik der Auslese, Degradierung und Menschen-Lenkung nur mäßig funktioniert und statt dessen erheblichen Widerstand durch solidarische Gebührenboykotte und kritische Proteste der Studierendenbewegung erhalten. Diese Opposition muß auch gegen Schwarz-Grün und ihre „nachgelagerte“ Gebühren-Variante fortgesetzt und weiterqualifiziert werden.

Nur emanzipatorische Ansprüche sollten maßlos sein, kritisches Lernen und menschliche Entwicklung dürfen endlos sein. — Wir rufen deshalb auf: Mißbraucht die Universität!

Bildungsprivatisierung um jeden Preis

Der aktuelle Senatsentwurf für „nachgelagerte“ Studiengebühren

„Durch die Neuordnung der Ausnahmetatbestände wird sich die Zahl der zahlungspflichtigen Studierenden um ca. 10.000 gegenüber den derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen erhöhen. Die höhere Zahl an Gebührenpflichtigen wird allerdings nicht dazu führen, dass die bisher erzielten Einnahmen aus Studiengebühren vollständig erreicht werden.“

Presseerklärung der Behörde „für“ Wissenschaft und Forschung, 17. Juni 2008.

Der neue Gesetzentwurf zur Einnahme von Studiengebühren sieht vor, daß alle Studierenden pro Semester 375 Euro Gebühren zahlen müssen. Wer das nicht sofort tut, hat das Recht auf eine Stundung der Gebühren für die Dauer der Regelstudienzeit plus zwei Semester. Die Gebühren für jedes weitere Semester werden sofort fällig. AbsolventInnen, die ein Jahresbruttoeinkommen von mindestens 30.000 Euro haben, müssen die Gebühren zurückzahlen. Studierende mit kleinen Kindern und sowie behinderte und chronisch Kranke „dürfen“ sich nach Ende der Regelstudienzeit plus zwei Semester von der weiteren Gebühreneinnahme befreien lassen. Eine Befreiung aus sozialen Gründen soll es weiterhin nicht geben. Gesellschaftliche Ungleichheit würde damit auch weiterhin verschärft.

Die „nachgelagerten“ Gebühren sind vor allem „Langzeitgebühren“, die ein vertiefendes und kritisches Studium, soziales Engagement innerhalb und außerhalb der Hochschule sowie Studierende aus bildungsfernen Schichten besonders strafen sollen. Sie treffen alle, weil damit Konformität mit zunehmend menschenwidrigen, weil geschäftsorientierten Bedingungen erzwungen werden soll. Es bleibt also dabei: Gebühren sind entsolidarisierend, antiwissenschaftlich, unsozial und undemokratisch; sie verschlechtern die Bedingungen des Lernens für Mündigkeit, Demokratie und wissenschaftlichen Fortschritt zum Wohle der Allgemeinheit.

Die Hochschulen sollen nun die Gebühreneintreibung an die „Wohnungsbaukreditanstalt“ (WK) abtreten. Die entstehenden Kosten dieser öffentlich-rechtlichen Kreditanstalt sollen aus dem Etat der Stadt beglichen werden: so die Zinsen für die Stundungen, die Zahlungsausfälle, die Verwaltungskosten. Zusätzlich will die Stadt die auf 2,5 Mio Euro geschätzte Einnahmелücke der Hochschulen auffüllen, die durch die

Senkung der Gebühren bei gleichzeitigem Wegfall von Befreiungstatbeständen übrigbleibt. Nach eigenen Angaben der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) verursacht dieses System jährliche Kosten der öffentlichen Hand in Höhe von 22 Mio. Euro. (Dabei sind die zugrundegelegten Prognosen der Sofortrückzahlung der Stundung unsäglich geschönt; angeblich würden 80 Prozent der Absolventen die gestundete Summe von knapp 5.000 Euro zwei Jahre nach ihrem Studienabschluß zurückgezahlt haben.)

De facto bedeutet dies, daß die fortgesetzte Gebührenerhebung die öffentliche Hand, also die Steuerzahler, nahezu soviel kostet, wie die Gebühreneinnahmen „einbringen“. Allerdings ist durch die studentischen Proteste erreicht, daß der unmittelbare Zahlungsdruck und erhebliche soziale Benachteiligungen gemildert werden müssen, auch muß die Stadt die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen als Problem anerkennen. Gerade diese hohe Widersprüchlichkeit des Gesetzentwurfes macht deutlich, daß seitens der politischen Akteure nur noch dogmatisch auf den Gebühren beharrt wird, weil sie ihnen als Mittel zur ökonomistischen Menschenlenkung dienen: Studiengebühren um jeden Preis.

Die derzeitige politische Alternative dazu ist, keine Gebühren zu erheben. Die staatlichen Kosten der geplanten Gebührenerhebung könnten dann direkt den Hochschulen als Zuweisung für die Förderung von Lehre und Studium, zum Ausbau der Kapazität an Lehrenden und den Studierenden zur Aufstockung des BAföGs als einem Vollzuschuß zukommen. Eine Verschiebung der Steuerlast von der relativ hohen Besteuerung niedriger und mittlerer Einkommen zu höheren sowie die relevante Hinzuziehung von großen Vermögen, Gewinnen und Erbschaften würde zudem der wachsenden sozialen Ungleichheit der Gesellschaft entgegenwirken und diejenigen stärker in die Pflicht der Finanzierung öffentlicher Aufgaben nehmen, die derzeit am meisten von einem hohen Niveau in Bildung und Wissenschaften profitieren: die gewinnreichen Unternehmen.

Daß die Kritik an deren gesellschaftlichem Schmarotzertum durch eine solche Wissenschaftspolitik eine breitere, qualifizierte Basis erhalten kann, ist eine Wirkung, die durchaus beabsichtigt ist.

Boykott SoSe 2008:

Solange kein neues Gesetz verabschiedet ist, sollen in diesem Semester noch 500 Euro Gebühren zum 15. Juni 2008 gezahlt werden. Wir rufen dazu auf, die Studiengebühren auch in diesem Semester nicht an die Universität zu überweisen:

Drei gute Gründe, die Gebühren nicht zu zahlen:

- I. Die Gebührenboykotte waren entscheidend dafür, dass die Mehrheit der Bürgerschaft gegen die Gebühren ist und die CDU sich überhaupt auf einen - wenn auch faulen - Kompromiss einlassen mußte. Nur mit fortgesetzter Nichtzahlung können wir politisch weitergehendes bewirken.
- II. Auch in Hessen, wo die Gebühren nun gänzlich abgeschafft wurden, waren die studentischen Proteste inklusive Gebührenboykotte an allen hessischen Hochschulen entscheidend für diesen historischen Durchbruch.
- III. Wer nicht zahlt, wird vorerst nicht mit Exmatrikulation bedroht: Durch Gerichtsbeschluss auf Grund der Klage eines Studierenden der TU Harburg ist nun amtlich: eine Exmatrikulation im laufendem Semester wegen nicht gezahlter Studiengebühren ist nicht möglich. Als zusätzliche Sicherheit gilt der Satz aus dem Koalitionsvertrag von CDU und GAL: „Für Studierende, die aktuell von Exmatrikulation bedroht sind, soll eine Lösung gefunden werden, die sicherstellt, dass das Studium weiter geführt bzw. wieder aufgenommen werden kann.“ Warum also zahlen, wenn man gefahrlos die 500 Euro mindestens bis zum 30. September 2008 behalten kann?

Wie läuft's diesmal?

Da aus den oben ausgeführten Gründen eine große Sicherheit besteht, boykottieren wir diesmal ohne Treuhandkonto. Infos zu begleitenden politischen Aktivitäten, mit den Anwälten abgestimmte Muster für eventuell erforderliche Einreichungen bei der Uni-Verwaltung, etc. findet ihr immer unter www.gebuehrenboykott.de.

Wir gehen für das Weitere von drei **Möglichkeiten für die Wirkung des Boykotts** aus:

- a) Unsere politischen Aktivitäten reichen nicht aus, um substantiell etwas zu bewegen. Dann werden wir über Homepage, Flugblätter und eMails rechtzeitig dazu aufrufen, zum Semesterende die Gebühren an die Uni zu überweisen, haben aber einige Monate Zeit gewonnen,
- b) wir bewirken eine sehr weitgehende Relativierung der bisherigen Studiengebühren und die Bürgerschaft beschließt, die noch ausstehenden Gebühren in den als nachgelagerten Gebühren später zu zahlenden Betrag zu integrieren,
- c) wir erreichen die Abschaffung der Studiengebühren und die nichtgezahlten Gebühren werden rückwirkend erlassen.

Wer kämpft kann nichts verlieren, aber eine erfreuliche Zukunft gewinnen.

Studiengebühren abschaffen: Ganz statt gar nicht!

- Wie geht es weiter?

Aktiventreffen — Die Seele des Kampfes für Gebührenfreiheit sind die Studierenden, die sich engagieren. Immer wieder ergeben Umfragen, daß eine überwältigende Mehrheit die Gebühren ablehnt. Dieser Meinung sollten wir verstärkt Mitdenker, Sprache, Hände und Beine geben. Das Gegenteil dessen, was die gesellschaftliche „Elite“ mit der Gebühreneinführung beabsichtigt, ist die solidarische Selbstorganisation. Sie ist also das wirksamste Mittel gegen die Studiengebühren, weil sie ihre sozial zerstörende Absicht konkretisiert.

Boycott — Wir rufen deshalb zur Erhöhung des politischen Drucks zum Boycott der Gebühren für das Sommersemester 2008 (500 Euro) auf. [Vgl. „Boycott SoSe 2008“, s. Kasten.]
Es muß deutlich werden, daß Studiengebühren nichts sind, an das man sich gewöhnen kann.

Ein politisches Zwischenziel — Wir wollen maßgeblich kritisch Einfluß auf den Gesetzgebungsprozeß in der Bürgerschaft (Landesparlament) nehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der „Schwarz-Grünen“ Koalition die Grünen vor der Wahl die Abschaffung der Gebühren versprochen hat, auch wenn sie nun vorerst zu Kreuze gekrochen sind. Beide Oppositionsparteien, die SPD und Die LINKE, haben sich auf die Gebührenfreiheit des Studiums festgelegt. Potentiell gibt es eine parlamentarische Mehrheit gegen Studiengebühren, der wir nachdrücklich auf die Beine verhelfen sollten: Studiengebühren sind abzuschaffen!

Besuche in der Bürgerschaft — In den folgenden Monaten wird nun der neue Gesetzentwurf für „nachgelagerte“ Studiengebühren in der Bürgerschaft beraten. Zunächst tagt dazu der Wissenschaftsausschuß, in dem die fachpolitischen „Experten“ der Bürgerschaftsfraktionen sich inhaltlicher als im Plenum mit dem Gesetzentwurf befassen. Auch wenn wir dort kein Rederecht haben, kann unsere Anwesenheit die Parlamentarier zu einer höheren Sorgfalt und Redlichkeit zwingen.
Derselbe Ausschuß lädt zu einer „öffentlichen Anhörung“ ein. Dort sollten wir in Redebeiträgen unserem begründeten Unmut über die geplante Beibehaltung der Studiengebühren Ausdruck verleihen.

Aufklärung der Öffentlichkeit — Das Eingreifen in diese parlamentarischen Prozesse verschafft uns auch eine Öffentlichkeit, in der wir Gegnerschaft zu Studiengebühren begründen können. So haben wir auch vor der Wahl eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt, daß Bildungsgebühren abzulehnen sind.

Vollversammlung — Zur Vorbereitung und Selbstverständigung dieser Aktion wollen wir eine Vollversammlung durchführen.

Demonstration — Die Vorlesungszeit wollen wir mit einer Bildungsdemo abschließen, zu der wir auch unsere Bündnispartner von anderen Hochschulen und aus anderen Bildungs- und Jugendbereichen einladen.

Unterschriftenkampagne — Für diese Demonstration wollen wir u.a. mit einer Unterschriftenaktion aller Hamburger Studierenden mobilisieren. Die Unterschriften sollen am Ende der Demonstration der Hamburger Bürgerschaft zur Berücksichtigung in ihren weiteren Beratungen übergeben werden.

Aktionsplan siehe Vorderseite
Aktuelle Infos auf www.gebuehrenboycott.de